

NÖ Landarbeitsordnung 1973 (NÖ LAO)

alter Text

Anlage A
NÖ Landarbeitsordnung 1973 (NÖ LAO)

Inhaltsverzeichnis
ANLAGE A

1. Allgemeines

...

2. Dienstvertrag

...

2a. Karenzregelungen und Teilzeitbeschäftigung für Väter

...

2b. Beendigung des Dienstverhältnisses

§ 24 Allgemeine Bestimmungen

§ 25 Kündigungsfristen

...

Anspruch auf Entgeltfortzahlung
§ 22

(1) Ist ein Dienstnehmer nach Antritt des Dienstes durch Krankheit (Unglücksfall) an der Leistung seiner Arbeit verhindert, ohne dass er die Verhinderung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, so behält er seinen Anspruch auf das Entgelt bis zur Dauer von sechs Wochen. Der Anspruch auf das Entgelt erhöht sich auf die Dauer von acht Wochen, wenn das Dienstverhältnis fünf Jahre, von zehn Wochen, wenn es 15 Jahre und von zwölf Wochen, wenn es 25 Jahre ununterbrochen gedauert hat. Durch jeweils weitere vier Wochen behält der Dienstnehmer den Anspruch auf das halbe Entgelt.

neuer Text

Anlage A
NÖ Landarbeitsordnung 1973 (NÖ LAO)

Inhaltsverzeichnis
ANLAGE A

1. Allgemeines

...

2. Dienstvertrag

...

2a. Karenzregelungen und Teilzeitbeschäftigung für Väter

...

2b. Beendigung des Dienstverhältnisses

§ 24 Allgemeine Bestimmungen

§ 25 Kündigung

...

Anspruch auf Entgeltfortzahlung
§ 22

(1) Ist ein Dienstnehmer nach Antritt des Dienstverhältnisses durch Krankheit oder Unglücksfall an der Leistung seiner Dienste verhindert, ohne dass er die Verhinderung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, so behält er seinen Anspruch auf das Entgelt bis zur Dauer von sechs Wochen. Der Anspruch auf das Entgelt beträgt, wenn das Dienstverhältnis ein Jahr gedauert hat, jedenfalls acht Wochen; es erhöht sich auf die Dauer von zehn Wochen, wenn es 15 Jahre, und auf 12 Wochen, wenn es 25 Jahre ununterbrochen gedauert hat. Durch je weitere vier Wochen behält der Dienstnehmer den Anspruch auf das halbe Entgelt.

alter Text

(4) Wenn innerhalb eines halben Jahres nach Wiederaufnahme der Arbeit neuerlich eine Dienstverhinderung wegen Krankheit (Unglücksfall) eintritt, so ist zunächst ein allfälliger Restanspruch nach Abs. 1 zu verbrauchen. Soweit die Gesamtdauer der Dienstverhinderungen die Anspruchsdauer nach Abs. 1 übersteigt, gebühren noch 40 v. H. des Entgelts für die halben Zeiträume nach Abs. 1.

Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Beendigung des Dienstverhältnisses
§ 22c

Wird der Dienstnehmer während einer Dienstverhinderung gemäß § 22 gekündigt, ohne wichtigen Grund vorzeitig entlassen oder trifft den Dienstgeber ein Verschulden an dem vorzeitigen Austritt des Dienstnehmers, so bleibt der Anspruch auf Fortzahlung des Entgelts für die nach § 22 Abs. 1 und 5 vorgesehene Dauer bestehen, wenngleich das Dienstverhältnis früher endet.

Kündigungsfristen
§ 25

(1) Dienstverhältnisse, die auf unbestimmte Zeit eingegangen sind, können beiderseits vierzehntägig zum Monatsende gekündigt werden.

(2) Hat ein auf unbestimmte Zeit eingegangenes Dienstverhältnis bereits ein Jahr gedauert, so erhöht sich die Kündigungsfrist auf einen Monat. Nach Ablauf von fünf Jahren erhöht sich die Kündigungsfrist auf zwei Monate, nach fünfzehn Jahren auf drei Monate, nach zwanzig Jahren auf fünf Monate.

neuer Text

(4) Bei wiederholter Dienstverhinderung durch Krankheit (Unglücksfall) innerhalb eines Arbeitsjahres besteht ein Anspruch auf Fortzahlung des Entgelts nur insoweit, als die Dauer des Anspruches gemäß Abs. 1 noch nicht erschöpft ist.

Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Beendigung des Dienstverhältnisses
§ 22c

Wird der Dienstnehmer während einer Dienstverhinderung gemäß § 22 gekündigt, ohne wichtigen Grund vorzeitig entlassen oder trifft den Dienstgeber ein Verschulden an dem vorzeitigen Austritt des Dienstnehmers, so bleibt der Anspruch auf Fortzahlung des Entgelts für die nach diesem Gesetz vorgesehene Dauer bestehen, wenngleich das Dienstverhältnis früher endet. Der Anspruch auf Entgeltfortzahlung bleibt auch bestehen, wenn das Dienstverhältnis während einer Dienstverhinderung gemäß § 22 Abs. 1, 4 und 5 oder im Hinblick auf eine Dienstverhinderung gemäß § 22 Abs. 1, 4 und 5 einvernehmlich beendet wird.

Kündigung
§ 25

(1) Ist das Dienstverhältnis ohne Zeitbestimmung eingegangen oder fortgesetzt worden, so kann es durch Kündigung nach folgenden Bestimmungen gelöst werden.

(2) Mangels einer für den Dienstnehmer günstigeren Vereinbarung kann der Dienstgeber das Dienstverhältnis mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres durch vorgängige Kündigung lösen. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen und erhöht sich nach dem vollendeten zweiten Dienstjahr auf zwei Monate, nach dem vollendeten fünften Dienstjahr auf drei, nach dem vollendeten fünfzehnten Dienstjahr auf vier und nach dem vollendeten fünfundzwanzigsten Dienstjahr auf fünf Monate. Durch Kollektivvertrag können für Branchen, in denen Saisonbetriebe im Sinne des § 156 Abs. 6 überwiegen, abweichende Regelungen festgelegt werden.

alter Text**neuer Text**

(3) Die Kündigungsfrist kann durch Vereinbarung nicht unter die im Absatz 2 bestimmte Dauer herabgesetzt werden; jedoch kann vereinbart werden, dass die Kündigungsfrist am Fünfzehnten oder am Letzten des Kalendermonats endet.

(4) Mangels einer für ihn günstigeren Vereinbarung kann der Dienstnehmer das Dienstverhältnis mit dem letzten Tage eines Kalendermonats unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist lösen. Diese Kündigungsfrist kann durch Vereinbarung bis zu einem halben Jahr ausgedehnt werden; doch darf die vom Dienstgeber einzuhaltende Frist nicht kürzer sein als die mit dem Dienstnehmer vereinbarte Kündigungsfrist. Durch Kollektivvertrag können für Branchen, in denen Saisonbetriebe im Sinne des § 156 Abs. 6 überwiegen, abweichende Regelungen festgelegt werden.

(5) Ist das Dienstverhältnis nur für die Zeit eines vorübergehenden Bedarfes vereinbart, so kann es während des ersten Monats von beiden Teilen jederzeit unter Einhaltung einer einwöchigen Kündigungsfrist gelöst werden.

**Passives Wahlrecht
§ 156**

- (1) Wählbar sind alle Dienstnehmer, die
1. a) österreichische Staatsbürger oder
 - b) Staatsangehörige eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates sind,
- und
2. am Tag der Ausschreibung der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und
 3. seit mindestens sechs Monaten im Rahmen des Betriebes oder des Unternehmens, dem der Betrieb angehört, beschäftigt sind.
 4. (entfällt)

**Passives Wahlrecht
§ 156**

- (1) Wählbar sind alle Dienstnehmer, die
1. am Tag der Ausschreibung der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und
 2. seit mindestens sechs Monaten im Rahmen des Betriebes oder des Unternehmens, dem der Betrieb angehört, beschäftigt sind.

alter Text**neuer Text****12. Strafbestimmungen****§ 234**

(1) Die Verletzung eines in den Abs. 1a bis 5 angeführten Tatbestandes ist eine Verwaltungsübertretung und wird von der Bezirksverwaltungsbehörde bestraft. Eine Verwaltungsübertretung nach Abs. 2 lit.a bis n und p und nach Abs. 2a bis 2c sowie nach Abs. 3 bis 5 wird jedoch nur dann bestraft, wenn die Tat nicht dem Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, oder nach anderen Verwaltungsstrafbestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist.

(1a) Mit einer Geldstrafe bis zu € 360,- ist auf Antrag eines Stellenwerbers zu bestrafen, wer als privater Arbeitsvermittler oder als mit der Arbeitsvermittlung betraute juristische Person öffentlichen Rechts oder als Dienstgeber entgegen der Bestimmung des § 240g Abs. 1 und 2 einen Arbeitsplatz nur für Männer oder nur für Frauen oder in sonst diskriminierender Weise ausschreibt.

(1b) Mit einer Geldstrafe bis zu € 360,- ist auf Antrag eines Stellenwerbers zu bestrafen, wer als privater Arbeitsvermittler oder als mit der Arbeitsvermittlung betraute juristische Person öffentlichen Rechts oder als Dienstgeber entgegen den Bestimmungen des § 240g Abs. 4 in die Stellenausschreibung die in § 240g Abs. 4 angeführten Angaben nicht aufnimmt.

(2) Mit einer Geldstrafe von € 150,- bis € 1.100,- ist zu bestrafen, wer

- a) Dienstnehmer wiederholt über die im § 55 Abs. 2 und 3, § 56 Abs. 1 und 3, § 57 Abs. 1 und § 57a Abs. 2 festgelegte Wochenarbeitszeit hinaus beschäftigt oder
- b) einen Dienstnehmer zu Arbeiten entgegen der im § 58 Abs. 2 bis 4, § 59, § 60, § 61 Abs. 1a, 2 und 3 oder §§ 105 Abs. 2 bis 11, 105a Abs. 3 und 5 enthaltenen Vorschriften heranzieht oder
- c) als Dienstgeber keine Aufzeichnungen gemäß § 70 Abs. 1 und 2 führt oder gemäß Abs. 1a einen Dienstnehmer nicht zur Führung der Aufzeichnungen anleitet oder diese Aufzeichnungen kontrolliert oder einen Dienstnehmer bei Führung der Aufzeichnungen durch Zeiterfassungssystem nach Ende der Gleit-

12. Strafbestimmungen**§ 234**

(1) Die Verletzung eines in den Abs. 1a bis 5 angeführten Tatbestandes ist eine Verwaltungsübertretung und wird von der Bezirksverwaltungsbehörde bestraft. Eine Verwaltungsübertretung nach Abs. 2 lit.a bis n und p und nach Abs. 2a bis 2c sowie nach Abs. 3 bis 5 wird jedoch nur dann bestraft, wenn die Tat nicht dem Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, oder nach anderen Verwaltungsstrafbestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist.

(1a) Mit einer Geldstrafe bis zu € 360,- ist auf Antrag eines Stellenwerbers zu bestrafen, wer als privater Arbeitsvermittler oder als mit der Arbeitsvermittlung betraute juristische Person öffentlichen Rechts oder als Dienstgeber entgegen der Bestimmung des § 240g Abs. 1 und 2 einen Arbeitsplatz nur für Männer oder nur für Frauen oder in sonst diskriminierender Weise ausschreibt.

(1b) Mit einer Geldstrafe bis zu € 360,- ist auf Antrag eines Stellenwerbers zu bestrafen, wer als privater Arbeitsvermittler oder als mit der Arbeitsvermittlung betraute juristische Person öffentlichen Rechts oder als Dienstgeber entgegen den Bestimmungen des § 240g Abs. 4 in die Stellenausschreibung die in § 240g Abs. 4 angeführten Angaben nicht aufnimmt.

(2) Mit einer Geldstrafe von € 150,- bis € 1.100,- ist zu bestrafen, wer

- a) Dienstnehmer wiederholt über die im § 55 Abs. 2 und 3, § 56 Abs. 1 und 3, § 57 Abs. 1 und § 57a Abs. 2 festgelegte Wochenarbeitszeit hinaus beschäftigt oder
- b) einen Dienstnehmer zu Arbeiten entgegen der im § 58 Abs. 2 bis 4, § 59, § 60, § 61 Abs. 1a, 2 und 3 oder §§ 105 Abs. 2 bis 11, 105a Abs. 3 und 5 enthaltenen Vorschriften heranzieht oder
- c) als Dienstgeber keine Aufzeichnungen gemäß § 70 Abs. 1 und 2 führt oder gemäß Abs. 1a einen Dienstnehmer nicht zur Führung der Aufzeichnungen anleitet oder diese Aufzeichnungen kontrolliert oder einen Dienstnehmer bei Führung der Aufzeichnungen durch Zeiterfassungssystem nach Ende der Gleit-

alter Text

zeitperiode auf Verlangen keine Abschrift der Arbeitszeitaufzeichnungen übermittelt bzw. Einsicht gewährt oder
 d) als Dienstgeber, Beschäftigter, Überlasser oder Beauftragter Verhaltensvorschriften oder Anordnungen, die in den Bestimmungen gemäß §§ 73 Abs. 3, 4 und 5, 74, 74a, 75, 75a Abs. 1, 3 bis 8, 75b Abs. 4 bis 7, 76a, 76b, 76c, 76d, 76e, 76g Abs. 1 Z 1 und 2, 76h, 77, 78 Abs. 2 bis 7, 78a, 78b, 78c, 78d, 78e Abs. 4, 78f Abs. 4, 78g Abs. 3, 4 und 6, 78h, 78i Abs. 4, 5, 6, 8 und 9, 78j Abs. 2 bis 7, 78k, 78l, 78m, 78r, 78t, 78u, 78v, 78w, 78x, 78y, 78z, 83, 84 Abs. 7, 85 Abs. 2 bis 5, 86, 87, 88 Abs. 1 Z 1 bis 3, 7 und 8, 89, 92, 92a, 92b Abs. 2 bis 6, 9 und 11, 92h Abs. 4 und 5, § 92i, § 92j und 105b Abs. 1 und 2 oder in den aufgrund dieser Vorschriften erlassenen Verordnungen enthalten sind, nicht befolgt oder Maßnahmen setzt, die diesen Vorschriften widersprechen oder e)...

18. Umsetzungshinweis
Umgesetzte EU-Richtlinien
§ 292

Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt:

...

46. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer, ABI.Nr. L 94 vom 28. März 2014, S. 375.

neuer Text

zeitperiode auf Verlangen keine Abschrift der Arbeitszeitaufzeichnungen übermittelt bzw. Einsicht gewährt oder
 d) als Dienstgeber, Beschäftigter, Überlasser oder Beauftragter Verhaltensvorschriften oder Anordnungen, die in den Bestimmungen gemäß §§ 73 Abs. 3, 4 und 5, 74, 74a, 75, 75a Abs. 1, 3 bis 8, 75b Abs. 4 bis 7, 76a, 76b, 76c, 76d, 76e, 76g Abs. 1 Z 1 und 2, 76h, 77, 78 Abs. 2 bis 7, 78a, 78b, 78c, 78d, 78e Abs. 4, ~~78f Abs. 1 bis 5~~, 78g Abs. 3, 4 und 6, 78h, 78i Abs. 4, 5, 6, 8 und 9, 78j Abs. 2 bis 7, 78k, 78l, 78m, 78r, 78t, 78u, 78v, 78w, 78x, 78y, 78z, 83, 84 Abs. 7, 85 Abs. 2 bis 5, 86, 87, 88 Abs. 1 Z 1 bis 3, 7 und 8, 89, 92, 92a, 92b Abs. 2 bis 6, 9 und 11, 92h Abs. 4 und 5, § 92i, § 92j und 105b Abs. 1 und 2 oder in den aufgrund dieser Vorschriften erlassenen Verordnungen enthalten sind, nicht befolgt oder Maßnahmen setzt, die diesen Vorschriften widersprechen oder e)...

18. Umsetzungshinweis
Umgesetzte EU-Richtlinien
§ 292

Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt:

...

46. Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer, ABI.Nr. L 94 vom 28. März 2014, S. 375;
47. Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit, ABI.Nr. L 132 vom 21. Mai 2016, S. 21.

alter Text

neuer Text

20. Verweisungen
Verweisungen auf Bundesrecht
§ 294

Soweit in diesem Gesetz auf die nachfolgenden Bundesgesetze und Verordnungen ohne nähere Fassungsbezeichnungen verwiesen wird, sind diese in den nachstehend angeführten Fassungen anzuwenden:

1. Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2002,
2. Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,
3. Exekutionsordnung, RGBl. Nr. 79/1896 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2016,
4. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 66/2017,
5. Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988, BGBl. Nr. 400 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 34/2017,
6. Bauern-Sozialversicherungsgesetz – BSVG, BGBl. Nr. 559/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2017,
7. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG, BGBl. Nr. 560/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2017,
8. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, JGS Nr. 946/1811 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 59/2017,
9. Zivilprozessordnung – ZPO, RGBl. Nr. 113/1895 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 59/2017,
10. Allgemeines Pensionsgesetz (APG), BGBl. I Nr. 142/2004 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 38/2017,
11. Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz – ASGG, BGBl. Nr. 104/1985 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2016,
12. Bundesgesetz über die Spaltung von Kapitalgesellschaften (SpaltG), BGBl. Nr. 304/1996 in der Fassung des Bundesgesetz-

20. Verweisungen
Verweisungen auf Bundesrecht
§ 294

Soweit in diesem Gesetz auf die nachfolgenden Bundesgesetze und Verordnungen ohne nähere Fassungsbezeichnungen verwiesen wird, sind diese in den nachstehend angeführten Fassungen anzuwenden:

1. Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 153/2017,
2. Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017,
3. Exekutionsordnung, RGBl. Nr. 79/1896 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 122/2017,
4. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2018,
5. Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988, BGBl. Nr. 400 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2018,
6. Bauern-Sozialversicherungsgesetz – BSVG, BGBl. Nr. 559/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 7/2018,
7. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG, BGBl. Nr. 560/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 107/2017,
8. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, JGS Nr. 946/1811 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 161/2017,
9. Zivilprozessordnung – ZPO, RGBl. Nr. 113/1895 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 59/2017,
10. Allgemeines Pensionsgesetz (APG), BGBl. I Nr. 142/2004 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 38/2017,
11. Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz – ASGG, BGBl. Nr. 104/1985 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2016,
12. Bundesgesetz über die Spaltung von Kapitalgesellschaften (SpaltG), BGBl. Nr. 304/1996 in der Fassung des Bundesgesetz-

alter Text	neuer Text
13. Wehrgesetz 2001 – WG 2001, BGBl. I Nr. 146 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 65/2015,	13. Wehrgesetz 2001 – WG 2001, BGBl. I Nr. 146 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 65/2015,
14. Zivildienstgesetz 1986 – ZDG, BGBl. Nr. 679 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 146/2015,	14. Zivildienstgesetz 1986 – ZDG, BGBl. Nr. 679 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 146/2015,
15. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), BGBl. Nr. 609 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 38/2017,	15. Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), BGBl. Nr. 609 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 38/2017,
16. Arbeitsmarktförderungsgesetz – AMFG, BGBl. Nr. 31/1969 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 71/2013,	16. Arbeitsmarktförderungsgesetz – AMFG, BGBl. Nr. 31/1969 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 71/2013,
17. Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2001 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016,	17. Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2001 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016,
18. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 36/2017	18. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>107/2017</u>
19. Investmentfondsgesetz – InvFG 1993, BGBl. Nr. 532/1993 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 77/2011,	19. Investmentfondsgesetz – InvFG 1993, BGBl. Nr. 532/1993 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 77/2011,
20. Pensionskassengesetz – PKG, BGBl. Nr. 281/1990 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 68/2015,	20. Pensionskassengesetz – PKG, BGBl. Nr. 281/1990 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>107/2017</u> ,
21. Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 40/2017,	21. Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 40/2017,
22. Schulunterrichtsgesetz 1986 – SchUG, BGBl. Nr. 472 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,	22. Schulunterrichtsgesetz 1986 – SchUG, BGBl. Nr. 472 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>138/2017</u> ,
23. Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 56/2016,	23. Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>138/2017</u> ,
24. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 16/2017,	24. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>152/2017</u> ,
25. Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G), BGBl. I Nr. 49/2002 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 65/2003,	25. Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G), BGBl. I Nr. 49/2002 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 65/2003,
26. Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996, BGBl. I Nr. 53/1997 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2017,	26. Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996, BGBl. I Nr. 53/1997 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2017,
27. Bundesgesetz über den Verkehr mit Pflanzenschutzmitteln und über Grundsätze für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln	27. Bundesgesetz über den Verkehr mit Pflanzenschutzmitteln und über Grundsätze für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln

alter Text	neuer Text
	(Pflanzenschutzmittelgesetz 2011), BGBl. I Nr. 10/2011 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 163/2015,
28. Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002, BGBl. I Nr. 102 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 163/2015,	28. Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002, BGBl. I Nr. 102 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>70/2017</u> ,
29. Biozidproduktegesetz – BiozidprodukteG, BGBl. I Nr. 105/2013 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 109/2015,	29. Biozidproduktegesetz – BiozidprodukteG, BGBl. I Nr. 105/2013 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 109/2015,
30. ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG, BGBl. Nr. 450/1994 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 72/2016,	30. ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG, BGBl. Nr. 450/1994 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>126/2017</u> ,
31. Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz – LFBAG, BGBl. Nr. 298/1990 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 157/2013,	31. Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz – LFBAG, BGBl. Nr. 298/1990 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 157/2013,
32. Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG, BGBl. Nr. 52 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,	32. Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG, BGBl. Nr. 52 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,
33. Unternehmensgesetzbuch, dRGBL. Nr. 219/1897 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 20/2017,	33. Unternehmensgesetzbuch, dRGBL. Nr. 219/1897 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. <u>17/2018</u> ,
34. Landarbeitsgesetz 1984, BGBl. Nr. 287/1984 in der Fassung BGBl. I Nr. 36/2017,	34. Landarbeitsgesetz 1984, BGBl. Nr. 287/1984 in der Fassung BGBl. I Nr. <u>153/2017</u> ,
35. Normengesetz 1971, BGBl. Nr. 240 in der Fassung BGBl. I Nr. 136/2001,	35. Normengesetz 1971, BGBl. Nr. 240 in der Fassung BGBl. I Nr. 136/2001,
36. Sprengarbeitenverordnung – SprengV, BGBl. II Nr. 358/2004 in der Fassung der Bundesverordnung BGBl. II Nr. 13/2007,	36. Sprengarbeitenverordnung – SprengV, BGBl. II Nr. 358/2004 in der Fassung der Bundesverordnung BGBl. II Nr. 13/2007,
37. Chemikalienverordnung 1999 – ChemV 1999, BGBl. II Nr. 81/2000 in der Fassung BGBl. II Nr. 393/2008,	37. Chemikalienverordnung 1999 – ChemV 1999, BGBl. II Nr. 81/2000 in der Fassung BGBl. II Nr. 393/2008,
38. Maschinen-Sicherheitsverordnung 2010 – MSV 2010, BGBl. II Nr. 282/2008 in der Fassung BGBl. II Nr. 422/2016,	38. Maschinen-Sicherheitsverordnung 2010 – MSV 2010, BGBl. II Nr. 282/2008 in der Fassung BGBl. II Nr. <u>194/2017</u> ,
39. Mutter-Kind-Pass-Verordnung 2002 – MuKiPassV, BGBl. II Nr. 470/2001 in der Fassung BGBl. II Nr. 420/2013,	39. Mutter-Kind-Pass-Verordnung 2002 – MuKiPassV, BGBl. II Nr. 470/2001 in der Fassung BGBl. II Nr. 420/2013,
40. Nationalrats-Wahlordnung 1992, BGBl. 471 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,	40. Nationalrats-Wahlordnung 1992, BGBl. 471 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 120/2016,
41. SCE-Gesetz, BGBl. I Nr. 104/2006 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 43/2016,	41. SCE-Gesetz, BGBl. I Nr. 104/2006 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 43/2016,
42. Aktiengesetz 1965, BGBl. Nr. 98 in der Fassung BGBl. I Nr. 20/2017,	42. Aktiengesetz 1965, BGBl. Nr. 98 in der Fassung BGBl. I Nr. <u>107/2017</u> ,

alter Text	neuer Text
43. Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZivMediatG), BGBl. I Nr. 29/2003,	43. Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZivMediatG), BGBl. I Nr. 29/2003,
44. Fachkenntnisnachweis-Verordnung (FK-V), BGBl. II Nr. 13/2007 in der Fassung BGBl. II Nr. 26/2014,	44. Fachkenntnisnachweis-Verordnung (FK-V), BGBl. II Nr. 13/2007 in der Fassung BGBl. II Nr. <u>226/2017</u> ,
45. Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 31/2017,	45. Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 31/2017,
46. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 – APSG, BGBl. Nr. 683/1991 in der Fassung BGBl. I Nr. 114/2016,	46. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 – APSG, BGBl. Nr. 683/1991 in der Fassung BGBl. I Nr. <u>126/2017</u> ,
47. Behinderteneinstellungsgesetz – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970 in der Fassung BGBl. I Nr. 40/2017,	47. Behinderteneinstellungsgesetz – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970 in der Fassung BGBl. I Nr. <u>155/2017</u> ,
48. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 116/2016,	48. Bundespflegegeldgesetz - BPGG, BGBl. Nr. 110/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 116/2016,
49. Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 – VAG 2016, BGBl. I Nr. 34/2015 in der Fassung BGBl. I Nr. 118/2016.	49. Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 – VAG 2016, BGBl. I Nr. <u>149/2017</u> .
Anlage B	Anlage B
....
	<p><u>Artikel XIX</u> <u>Übergangsbestimmungen</u> <u>zur 36. NÖ Landarbeitsordnungs-Novelle, LGBl. XXXX/XXXX</u></p>
	<p>(1) <u>§ 22 Abs. 1 und 4 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX sind auf Dienstverhinderungen anzuwenden, die in nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, frühestens jedoch nach dem 30. Juni 2018 begonnenen Arbeitsjahren eingetreten sind und für zu diesem Zeitpunkt laufende Dienstverhinderungen § 22 Abs. 1 und 4 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX ab Beginn dieses Arbeitsjahres anzuwenden sind.</u></p> <p>(2) <u>§ 22c in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX ist auf einvernehmliche Beendigungen des Dienstverhältnisses während einer Dienstverhinderung gemäß § 22 Abs. 1, 4 und 5 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX oder im Hinblick auf eine Dienst-</u></p>

alter Text**neuer Text**

verhinderung gemäß § 22 Abs. 1, 4 und 5 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX anzuwenden, die eine Auflösung des Dienstverhältnisses nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, frühestens jedoch nach dem 30. Juni 2018 bewirken.

- (3) § 25 in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. XX/XXXX ist auf Beendigungen des Dienstverhältnisses anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2020 ausgesprochen werden.